

Luzerner Tagblatt

«Wisla» Kälin auch 30-km-Meister

Straßenschlachten in Istanbul

Schleichwerbung mit der Zuger Bilderverbrennung

11

LM

LM

Sowjet-Drohungen gegen Westberlin

Warnung vor Sanktionen gegen die Bundespräsidentenwahl

Berlin, 16. Febr. (DPA). Vor äußerst unerwünschten Folgen einer Wahl des neuen deutschen Bundespräsidenten in Berlin warnte Moskau in einer Erklärung, die der Sowjetbotschafter in Bonn, Zorapkin, Bundeskanzler Kiesinger übergeben hat.

Den Worten dieser Erklärung vor öffentlichen Ostberliner Nachrichten-Agentur ADN, darin heißt es, Moskau sei sich gezwungen gegenüber der Bundesregierung eine Warnung auszusprechen und erwarte, daß sie in Bonn richtig verstanden werde. Falls die Bundesrepublik versuche, eigenmächtig ihre Macht auf Westberlin auszudehnen oder das Gebiet dieser Stadt für die Entfaltung einer gefährlichen Spannung im Zentrum Europas zu benutzen, sieht sich die Sowjetregierung vor die Notwendigkeit gestellt, die Frage der Erfüllung der Bestimmungen der alliierten Beschlüsse zu überprüfen, die Westberlin betreffen.

In Bonn war nach einer Begegnung Kiesinger-Zorapkin mitgeteilt worden, die Bundeskanzler habe klargestellt, daß die Haltung der Regierung in vollem Einklang mit der Auffassung der drei für Berlin verantwortlichen Westmächte stehe. Der Bonner Regierungssprecher hatte erklärt, Zorapkin habe ähnliche Gegenmaßnahmen gegen die Bundespräsidentenwahl in Westberlin nicht konkret angekündigt.

Die Erklärung wiederholt die sowjetische These, daß die Einberufung der

Bundesversammlung (des Wahlmännergremiums) nach Westberlin eine Verletzung der Viermächte-Verbindungen über den Status Westberlins darstelle, die äußerst unerwünschte Folgen für die Situation in diesem Gebiet und damit auch für die Bevölkerung haben können.

Offenbar sei man in der Bundesrepublik der Meinung, daß Westberlin für revanchistische und neonazistische Demonstrationen ein besonders geeigneter Ort sei, da er sich innerhalb des Territoriums des anderen souveränen deutschen Staates befindet. Der Plan (die Bundesversammlung) sei dazu bestimmt, um die absurden, unhaltbaren Ansprüche auf eine Stadt zu untermauern, die der Bundesrepublik nicht gehört. Die Verletzung internationalen Rechts durch die westdeutsche Seite schaffe kein neues Recht, wie oft eine solche Verletzung auch wiederholt werde. In der Moskauer Erklärung wird ferner angekündigt, daß die Sowjetunion den widerrechtlichen Machenschaften Westdeutschlands eine entschiedene Abfuhr erteilen werde.

(UPI) Die Westmächte hatten zuvor eine sowjetische Protesterklärung gegen die Bundespräsidentenwahl in Westberlin zurückgewiesen. Nach der Entgegennahme der Antwortschreiben der drei Westmächte auf ihre Dezember-Erklärung übergeben die Sowjets den Vertretern der drei Mächte eine neue Erklärung zum gleichen Thema nebst Kopien der sowjetischen Erklärung an Bonn.

Forderungen von Kiew von Prag erfüllt

Einschleichen des sowjetisch-tschechischen Gipfeltreffens jetzt bekannt geworden

Wien, 16. Febr. (UPI) Auf dem sowjetisch-tschechoslowakischen Gipfeltreffen in Kiew am 7. und 8. Dezember 1968 haben die Sowjets der Prager Führung zugesichert, daß Moskau keine Rückkehr der CSSR zum Stalinismus verlange und auch nicht gegen Demokratie in der Tschechoslowakei sei, ein Abzug der sowjetischen Truppen aus der CSSR sei jedoch zur gegenwärtigen Zeit unmöglich und unannehmbar. Diese sowjetischen Erklärungen auf der Kiewer Konferenz sind jetzt in Wien bekannt geworden. In der österreichischen Hauptstadt lagen darüber Protokolle vor, die sich angeblich auf einen Bericht stützen, den der slowakische Parteiführer Gustav Husak vor Parteigremien in der CSSR erstattet hat.

Die Sowjets erhoben in Kiew eine Reihe von Forderungen und übten an der Prager Führung Kritik, wobei besonders Josef Smrkovsky attackiert wurde. Ebenso haben die Sowjets starke Einwände gegen die Abgeordneten

Frantisek Vodlan und Milan Huchl und den Jugendführer Zybnek Vokrouhlicky geltend gemacht. Weiter erklärte die Sowjet, Demonstrationen und Streiks in der CSSR bewiesen die Existenz antisozialistischer Kräfte. Auch verhalte sich die Prager Regierung nicht richtig gegenüber den Emigranten, ferner sei noch immer kein Parteisekretär für die Presse ernannt worden. In der CSSR-Armee fehle es an politischer Schulung und in der Militärakademie in Prag seien unerwünschte Kräfte am Werk.

Den in Kiew vorgetragenen Forderungen der Sowjets hat die Prager Führung inzwischen Rechnung getragen. Smrkovsky wurde als Parlamentspräsident abgelöst, ein Parteisekretär für die Presse berufen. Die Parteiführer befolgen jetzt die offizielle Parteilinie, Demonstrationen und Streiks sind gestoppt worden. Rückkehrwilligen Emigranten werden Hilfen angeboten. Zwei Armeezeitschriften stellten ihr Erscheinen ein.



Eine Vision des ewigen Winters

Sturmwinde haben das Wasser des Genfersees über die Quaimauern gepölscht, und die strenge Kälte hat die Uferpromenade in eine phantastische Eislandschaft verwandelt. Foto: Keystone

WEU als französisch-britischer Zankapfel

Nahost-Gespräche der Westeuropäischen Union in London ohne Einverständnis und Teilnahme der französischen Regierung haben in Paris heftigen Unwillen verursacht — Debré droht mit eventuellem Austritt Frankreichs aus der Organisation

London, 15. Febr. (DPA). Mit der Nahost-Sitzung des Ständigen Rates der Westeuropäischen Union in London haben zum erstenmal enge politische Konsultationen zwischen Großbritannien und fünf Mitgliedern der europäischen Gemeinschaft in Abwesenheit Frankreichs stattgefunden. Der britische Außenminister Stewart hatte das Treffen unter Berufung auf den Luxemburger Beschluss des WEU-Ministerrats zur Verbesserung der politischen Konsultationen der sieben Mitgliedstaaten beantragt, und gegen den Widerspruch der französischen Regierung durchgesetzt. Frankreich boykottierte die Konferenz und bezeichnete sie als unnützig und außerhalb der WEU stehend.

Obwohl die französische Botschaft mehrere Demarchen beim Londoner Generalsekretariat der WEU unternahm, um die Sitzung zu verhindern, nahmen alle anderen Länder daran teil. Damit ist das Foreign Office aus einer Konfrontation mit dem Quai d'Orsay zunächst als Sieger hervorgegangen. Die britische Regierung erblickt im Zustandekommen der Sitzung einen wertvollen Präzedenzfall, von dem sie sich eine weitere Ausdehnung der politischen Zusammenarbeit mit den EWG-Ländern erhofft, solange Englands Beitritt zur EWG durch das französische Veto blockiert ist.

Alle Länder außer Frankreich betrachten die Nahost-Konsultationen als eine normale WEU-Ratssitzung. Ihr besonderer Charakter ging allerdings schon daraus hervor, daß der britische Außenminister Michael Stewart, assistiert von Staatsminister Lord Chalfont, die britische Delegation persönlich führte, während die anderen Länder, wie bei Ratssitzungen üblich, durch ihre Londoner Missionen vertreten waren. Holland und Italien hatten außerdem leitende Experten ihrer Außenministerien entsandt.

Konferenzteilnehmer erklärten später, daß alle Delegationen die Nützlichkeit dieser Beratungen anerkannt hätten. Sie seien eine Gelegenheit gewesen, vor den New Yorker Viermächte-Gesprächen noch einmal auf europäischer Ebene alle Aspekte des Nahost-Problems zu erörtern.

(AFP) Die Nahost-Experten der sechs Staaten, die an der Sitzung des Ständigen Rates der Westeuropäischen Union teilnahmen, trafen nochmals zusammen, um die Möglichkeiten zur Lösung des Konfliktes zwischen Israel und

den arabischen Staaten zu prüfen. Das Sekretariat der Westeuropäischen Union betont, diese Sitzung von Nahost-Fachleuten habe keinen offiziellen Charakter gehabt.

Ultimative Sprache Debrés

Paris, 15. Febr. (AFP). Der französische Ministerrat werde sich am Mittwoch mit der Krise innerhalb der Westeuropäischen Union (WEU) befassen, erklärte Außenminister Debré. Frankreich sei nicht der Ansicht, daß sich der Rat der WEU in London versammelt habe, denn die Satzungen der Organisation schreiben ausdrücklich vor, daß alle Mitgliedstaaten vertreten sein müssen, damit eine Sitzung gültig sei. Debré bezeichnete die Londoner Tagung als Manöver. Wenn die von Paris geforderten Erklärungen nicht befriedigend ausfallen sollten, so wäre es möglich, daß Frankreich an den WEU-Tagungen nicht mehr teilnehme.

Zum Communiqué, das in Bonn nach Abschluß der Gespräche Wilsons und Kiesinger veröffentlicht wurde, in welchem ein geeinigtes Europa ohne Großbritannien als unvorstellbar bezeichnet worden war, bemerkte Debré, er werde diesen Punkt mit Außenminister Brandt erörtern, wenn er mit diesem am 10. März zusammentreffe. Wenige Tage später werde die Gaulle dieses Thema auch mit Bundeskanzler Kiesinger besprechen.

Es gehe darum zu wissen, was man wolle. Europa sei ohne ein bestimmtes Konzept und einen bestimmten Willen ein leeres Wort. Abschließend versicherte der Minister, die Haltung Frankreichs in bezug auf den Beitritt Großbritanniens zur EWG bleibe unverändert (d. h. ablehnend) (Red.).

Erklärung des Quai d'Orsay

Der französische Außenminister veröffentlichte ein Communiqué, in welchem es heißt, die Berichte, wonach der Ständige Rat der WEU in Abwesenheit der Vertreter Frankreichs in London getagt haben soll, seien ungenau.

Erstens habe die französische Regierung, als sie die Anfrage Großbritanniens auf Durchführung einer Konferenz zwecks Erörterung des Nahostkonflikts erhalten habe, dem Generalsekretär mitgeteilt, sie halte eine solche

Konferenz für sinnlos, da diese Frage am 7. Februar an der Sitzung des Ministerrates der WEU diskutiert worden sei.

Zweitens habe die französische Regierung dem Generalsekretär am 12. Februar formell mitgeteilt, wenn an der Einberufung einer Versammlung festgehalten würde, werde Frankreich nicht daran teilnehmen. Gemäß dem 1954 abgeänderten Brüsseler Pakt habe demnach keine Versammlung stattfinden können, da der Rat nicht gegen den Willen eines seiner Mitglieder zusammentreten könne.

Drittens habe Frankreich den Generalsekretär davor gewarnt, die Lokalsitzung und das Personal der WEU in London ohne einstimmigen Beschluß des Rates für eine Versammlung zu benutzen und ihn aufgefordert, nicht an der Sitzung teilzunehmen. Die Zusammenkunft des Generalsekretärs des britischen Außenministeriums und der fünf bei der britischen Regierung akkreditierten Botschafter der anderen Mitgliedstaaten der WEU könne somit nicht als Sitzung des Ständigen Rates bezeichnet werden. Die Tatsache, daß sie in den Räumen der WEU und in Anwesenheit ihres Hauptfunktionärs durchgeführt worden sei, ändere nichts an den Bestimmungen des Brüsseler Paktes. (Die französischen Regierungskreise haben die Londoner Beratungen als Pseudotreffen der WEU bezeichnet) (Red.).

Verschärfung des diplomatischen Krieges London/Paris

Das diplomatische Gefecht zwischen Großbritannien und Frankreich hat in der Öffentlichkeit der beiden Länder bisher geteilte Aufnahmen gefunden. Die rechtstehende, Paris, «Aurore» sprach von einer neuen Eskalation des seit sechs Jahren dauernden diplomatischen Krieges zwischen London und Paris und warf der Regierung in Paris vor, sie habe durch eine unnötige Machtdemonstration ihre Partner verärgert. Die gaulistische «Nation» dagegen sprach drohend von einem für den Zusammenhalt des Gemeinsamen Marktes gefährlichen Spiel, falls sich unsere Partner dazu hergeben. Auch einige britische Kritiker bezweifelten, daß die WEU als Mittel der politischen Integration wirklich die Möglichkeiten bietet, die die Regierung Wilson von ihr erhofft.

Sowjetspion Felfe von Deutschland freigelassen

Austausch gegen drei in Rußland verurteilte Studenten

Bonn, 14. Febr. (DPA). Der wegen Spionage verurteilte ehemalige Mitarbeiter des westdeutschen Geheimdienstes, Heinz Felfe, ist gegen die deutschen Studenten Walter Naumann, Peter Sonntag und Volker Schaffhauser ausgetauscht worden, die in Rußland aus politischen Gründen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Felfe war am 23. Juli 1963 wegen Landesverrats zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Das Verfahren gegen den jetzt 51 Jahre alten Felfe vor dem Gerichtshof in Karlsruhe war der größte Spionageprozeß in Nachkriegsdeutschland. Felfe

und seine beiden Mitangeklagten Hans Clemens und Erwin Tietzel — sie erhielten zehn und drei Jahre Zuchthaus — hatten zugegeben, sich Ende 1951 zur Mitarbeit für den sowjetischen Nachrichtendienst verpflichtet zu haben.

Sie traten in den westdeutschen Nachrichtendienst ein, wo Felfe es bis zum Oberregierungsrat brachte. Die drei haben nach ihren eigenen Angaben dem Sowjets rund 15 000 Aufnahmen auf 300 Filmen sowie etwa zwanzig Tonbandspulen zugespielt. Mindestens 95 Mitarbeiter des westdeutschen Nachrichtendienstes wurden mit ausführlichen

Charakteristiken an die Auftraggeber verraten.

Felfe, der in der Urteilsbegründung als gefährlicher, intelligenter und bedenkenloser Agent bezeichnet wurde, hatte noch aus der Untersuchungshaft Verbindung zu seinen sowjetischen Auftraggebern aufgenommen. Die eigentlichen Agenten waren Felfe und Clemens, die sich während ihrer zehn Jahre lang unermüdeten Tätigkeit im Zentrum der Gegenspionage viele Male mit Führungskräften des sowjetischen Geheimdienstes trafen, während Tietzel als Kurier fungierte. Alle drei waren zur